

Niederschrift

Gremium:	Stadtrat
Sitzungsdatum:	Mittwoch, den 24.04.2024
Sitzungsdauer:	19:00 - 21:57 Uhr
Sitzungsort:	Kulturhaus, Straße der Jugend 41 in Tangerhütte

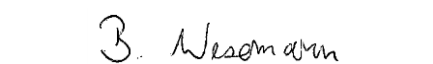
 Öffentliche Sitzung

 es folgte eine
Nichtöffentliche Sitzung

 Nichtöffentliche
Sitzung



Werner Jacob
Vorsitzender



Birgit Wesemann
Protokollführer

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Werner Jacob

Bürgermeister

Herr Andreas Brohm

Mitglieder

Herr Michel Allmrodt

Herr Michael Bartoschewski

Herr Ralf-Peter Bierstedt

Frau Edith Braun

Herr Ralf Breuer

Herr Dr. Frank Dreihaupt

Frau Petra Fischer

Herr Marcus Graubner bis Ende TOP 5

Herr Peter Jagolski

Frau Carmen Kalkofen bis Ende TOP 6

Frau Steffi Kraemer

Herr Wilko Maatz

Herr Michael Nagler

Herr Dieter Pasiciel

Herr Björn Paucke bis Ende TOP 11

Frau Rita Platte bis Ende TOP 11

Herr Marco Radke

Frau Alexandra Schleef

Herr Mathias Sprunk

Herr Bodo Strube

Herr Daniel Wegener

Herr Sven Wegener

Ortsbürgermeister

Herr Alexander Wittwer

Protokollführer

Frau Birgit Wesemann

Abwesend:

Mitglieder

Herr Wolfgang Kinszorra entsch.

Herr Uwe Nastke entsch.

Herr Christoph Plötze entsch.

Tagesordnung

zur öffentlichen/nichtöffentlichen Sitzung des Stadtrates der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte am Mittwoch, 24.04.2024, 19:00 Uhr im Kulturhaus, Straße der Jugend 41 in Tangerhütte.

Öffentliche Sitzung

DS-Nr.

- | | | |
|-----|--|--------------|
| 1. | Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Stadtratsmitglieder und der Beschlussfähigkeit | |
| 2. | Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung | |
| 3. | Abstimmung über die Niederschriften der öffentlichen Sitzungen des Stadtrates vom 06.12.2023, 12.02.2024, 13.03.2024 und 21.03.2024 (18:00 Uhr) | |
| 4. | Einwohnerfragestunde | |
| 5. | Bericht des Bürgermeisters über wichtige Angelegenheiten (§ 65 Abs. 2 KVG LSA), Eilentscheidungen (§ 65 Abs. 4 KVG LSA) und Bekanntgaben der von den beschließenden Ausschüssen gefassten Beschlüsse, sowie Nachfragen durch den Stadtrat dazu | |
| 6. | Information zur Neuaufstellung des regionalen Entwicklungsplanes (REP) durch den Geschäftsstellenleiter Herrn Kunert | |
| 7. | 4. Änderung der Geschäftsordnung der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte für den Stadtrat und seine Ausschüsse | BV 1162/2024 |
| 8. | Antrag WG Lüderitz – 2. Änderung zur Hauptsatzung der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte | BV 1156/2024 |
| 9. | Antrag WG Lüderitz und des Ortschaftsrates Lüderitz- Nutzung des ehemaligen Versammlungsraum in der alten FFW durch Vereine | BV 1129/2024 |
| 10. | Antrag WG ZUKUNFT – Vollverpflegung in den Kindertageseinrichtungen | BV 1153/2024 |
| 11. | Anfragen und Anregungen, Sonstiges | |

Öffentliche Sitzung

16. Wiederherstellung der Öffentlichkeit
17. Bekanntgabe der in nicht öffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse
18. Schließung der Sitzung

Öffentlicher Teil

TOP 1: Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Stadtratsmitglieder und der Beschlussfähigkeit

Herr Jacob eröffnet die Sitzung des SR'es (Stadtrates), begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einberufung fest. Mit 24 anwesenden Räten ist die Beschlussfähigkeit gegeben.

TOP 2: Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Herr Nagler stellt den *Antrag, den TOP (Tagesordnungspunkt) 10 hinter den TOP 5 zu setzen*, weil heute aus gegebenen Anlass wieder Eltern anwesend sind, die zu ihren Kindern zurück wollen.

Abstimmungsergebnis Antrag: mehrheitlich Ja

Herr Jacob stellt die geänderte TO (Tagesordnung) fest.

TOP 3 Abstimmung über die Niederschriften der öffentlichen Sitzungen des Stadtrates vom 06.12.2023, 12.02.2024, 13.03.2024 und 21.03.2024 (18:00 Uhr)

Herr Jacob bittet um Abstimmung folgender öffentlicher Niederschriften:

06.12.2023 (19:00 Uhr): mehrheitlich Ja

12.02.2024 (19:00 Uhr): mehrheitlich Ja

13.03.2024 (19:00 Uhr): mehrheitlich Ja

21.03.2024 (18:00 Uhr): mehrheitlich Ja

TOP 4 Einwohnerfragestunde

Es gibt keine Einwohnerfragen.

TOP 5: Bericht des Bürgermeisters über wichtige Angelegenheiten (§ 65 Abs. 2 KVG LSA), Eilentscheidungen (§ 65 Abs. 4 KVG LSA) und Bekanntgaben der von den beschließenden Ausschüssen gefassten Beschlüsse, sowie Nachfragen durch den Stadtrat dazu

- Information zu den Beschlüssen aus dem letzten HA (Hauptausschuss)
 - Reparatur Schönwalder Chaussee und Schlossdeichsanierung
- HH (Haushalt) und HKK (Haushaltskonsolidierungskonzept)
 - HH von Kommunalaufsicht nicht beanstandet
 - HKK von Kommunalaufsicht beanstandet
 - Kassenkredit nicht auskömmlich => 02.05.2024 Sondersitzung Nachtrags-HH (NHH)
- Jahresabschlüsse
 - Landtag plant mit Änderung im KVG engere Grenzen zu setzen,
 - ab 2025 Jahresabschlüsse verpflichtend, ansonsten keine HH-Genehmigung mehr
- Kinder – und Jugendarbeit
 - mobile Jugendarbeit läuft zum 01.04.2024 aus
 - Neustrukturierung Kinder- in Jugendarbeit, Thema im SA (Sozialausschuss)
 - kommende Sitzungsfolge: weitere Informationen
- Sitzung Ortschaft Tangerhütte
 - Team Bau der Verwaltung war anwesend
 - Information über Situation: Straßenbeläge, Licht, Kanäle
 - Herr Klein, UHV Tanger, war anwesend, Auskunft zum Thema Grundwasser
- Sitzung BA (Bauausschuss) am 10.04.2024
 - Herr Klein, UHV Tanger, war anwesend, Auskunft zum Thema Grundwasser
 - Herr Biermann, Solarkraft Tangerland II GmbH & Co.KG, war anwesend, Auskunft zum Thema Belegung PV (Photovoltaik) auf den Dächern in Tangerhütte
 - Start Dachsanierung Schwimmhalle: Mitte Mai 2024
- Wasserkonferenz in Osterburg
 - am 23.04.2024 getagt
 - Thema: Grundwasser
- Gefechtsübungszentrum Letzlinger Heide
 - Herr Brohm sowie andere Verwaltungsbeamte waren eingeladen
 - Auskunft über aktuelle Situation, wie Neuausrichtung der Bundeswehr, Ukraine-Krieg, Reaktionsfähigkeit bei Krisen, Arbeitsweise vor Ort usw.

- Sitzung DIN-Deich-Ausschuss
 - am 22.04.2024 getagt
 - Landeshochwasserschutz zum aktuellen Stand Stellung genommen
 - Info zum konkreten Aufbau am Treueldeich
 - Maßnahme in den kommenden Jahren: Deich in Ortslage Bittkau errichten
- Wasserverband
 - heute getagt
 - bestehende Maßnahmen: - Abwasser/Trinkwasser in Petristraße in Grieben
 - im Wald in Schernebeck Brunnensanierung
 - Projekte für 2024: Ortsdurchfahrt in Lüderitz, morgen Einwohnerversammlung, hier baut der LSBB, wird Lüderitz 2024-2025 begleiten
 - Maßnahme in 2025: Ortsdurchfahrt in Cobbel, hier baut der Landkreis
- Leader
 - evtl. Ausführungen vom Vorsitzenden, Herrn Jacob

Herr Jacob spricht zu diesem TOP, in dem der BM über wichtige Angelegenheiten informieren soll, folgendes an. Der SR hat über den Beschluss Abwahl von Frau Altmann beschlossen und dann nochmal nach dem Widerspruch von Herrn Brohm. Herr Brohm hat dann wieder einen Widerspruch geschrieben, der zur Kommunalaufsicht ging. Die Kommunalaufsicht hat am 29.02.2024 geantwortet, aber die Antwort von der Kommunalaufsicht hat Herr Brohm dem SR nicht mitgeteilt. Herr Brohm hat natürlich das Recht, dagegen rechtlich Einwände vorzubringen, Herr Jacob glaubt aber, dass Herr Brohm die Pflicht hat, den SR darüber zu informieren. Er fragt Herrn Brohm, warum haben sie das nicht getan?

Herr Brohm antwortet, das Verfahren dauert noch an. Es liegt noch bei der Kommunalaufsicht. Insofern hat sich kein neuer Sachstand ergeben.

Herr Jacob merkt an, der Sachstand ist der, dass die Kommunalaufsicht die Rechtsauffassung des SR'es teilt und Herr Brohm fast 4 Wochen gebraucht hat, sich zu äußern. Was gibt es für einen Hinderungsgrund, dies dem SR mitzuteilen und zu sagen, dass sie, Herr Brohm, in Einspruch gehen, gegen den Entscheid der Kommunalaufsicht?

Herr Brohm sagt, hier gibt es keinen Hinderungsgrund. Wie eben ausgeführt, liegt es noch bei der Kommunalaufsicht.

Herr Jacob äußert, die Kommunalaufsicht wartet darauf, dass ihr Widerspruch rechtlich begründet wird. So viel er weiß, haben sie, Herr Brohm, das noch nicht getan. In der letzten SR-Sitzung hat Herr Jacob dazu Herrn Brohm befragt und Herr Brohm antwortete, nein, ich habe von der Kommunalaufsicht noch keine Information dazu.

Herr Nagler wirft rein, Herr Brohm hat das pfiffiger formuliert und zwar, es liegt bei der Kommunalaufsicht. Das macht man mittlerweile so, als großer Politiker. Herr Brohm hat aber nicht gesagt, dass es eine Entscheidung gibt und, dass er dazu kurz vor der 4-Wochen-Frist einen Widerspruch eingelegt hat und, dass er dann für die Begründung nochmal 4 Wochen Zeit hat. Das ist das Spiel auf Zeit, was wir schon seit Jahren kennen. Es ist schlimm, wenn man als SR bei der Kommunalaufsicht anruft und fragen will, warum diese nicht aus dem Knick kommt und die Kommunalaufsicht sagt, so ist das nicht. Herr Seweko fand das auch nicht lustig. Herr Brohm hat nicht gelogen aber hat auch nicht dazu beigetragen, dass Klarheit über den aktuellen Stand herrscht.

Herr Jacob findet auch, dass das kein schönes Bild abgibt, wenn der SR in der Kommunalaufsicht anruft und die erfährt, dass der SR noch nicht informiert wurde.

Frau Braun muss ehrlich sagen, das ist wirklich fatal, dass sich der SR ständig mit Widersprüchen befassen muss und, dass der SR dieses Abwahlverfahren zweimal durchgezogen hat, weil der SR weiß, dass er nach KVG im Recht ist. Die Wahlen sind ordnungsgemäß und sauber abgelaufen. Hier gibt es keine Beanstandungen. Es steht Herrn Brohm zu, dass ihm das nicht gefallen hat, aber deshalb in Widerspruch zu gehen, ist fatal und peinlich. Hinzu kommt, dass Herr Brohm das ganze Verfahren, was nicht zur Qualität der Verwaltung und der Zusammenarbeit mit dem SR beiträgt, verschleppt. Das war übrigens auch ein Disziplinarverfahren, dass Herr Brohm alles bis zum Ultimo ausreizt. Damit belastet Herr Brohm uns alle. Sie findet, dass es für Herrn Brohm peinlich ist, dass er uns nicht von dem Ergebnis der Kommunalaufsicht in Kenntnis gesetzt hat.

Herr D. Wegener fragt zur Nachreichung der noch fehlenden Begründung an die Kommunalaufsicht, wird diese Begründung auf Kosten der EGem anwaltlich begleitet?

Herr Brohm antwortet mit Ja.

Herr Sprunk hat in der Berichterstattung vom BM zur Kinder- und Jugendarbeit der akute Personalangel in den Kitas der EGem gefehlt, aktuell in der Kita Lüderitz. Er bittet den BM, darüber den

SR zu informieren, denn das ist ein wichtiges Thema. Hier werden Kita-Verträge gegenüber den Eltern nicht erfüllt.

Herr Brohm war der Meinung, da jeder die Freitagsinfo bekommt, dass jeder die aktuelle Situation kennt. Seit 3 Wochen haben wir die verkürzten Öffnungszeiten in der Kita Demker. Seit letzter Woche in der Kita Bellingen und seit dieser Woche in der Kita Lüderitz. Die Situation ist wie sie ist. Zunächst versuchen sich alle Kita-Einrichtungen untereinander zu helfen. Das letzte Maß ist, Mitarbeiter gehen von ihrer normalen Arbeitszeit ab und arbeiten, anstatt 6 Stunden, evtl. 7 oder 8 Stunden. Grundsätzlich arbeiten alle Beteiligten daran, dies möglichst nicht zu aufwendig für die Eltern zu machen. Das lässt sich nicht immer umgehen. Wir erleben auch, dass viele Eltern das mit Verständnis tragen. Diese Situation wird nur gemeinsam mit Träger, Leitung, Team und Eltern gelöst.

Herr D. Wegener musste das Gesagte von Herrn Brohm nochmal sacken lassen und sagt, der SR beschließt die Abwahl von Frau Altmann, als Stellvertreterin. Der BM geht in Widerspruch und der SR beschließt erneut. Der BM geht wieder in Widerspruch und schickt diesen zur Kommunalaufsicht. Die Kommunalaufsicht sagt, Herr BM, sie liegen falsch, der SR hat Recht. Dann nimmt sich der BM einen Anwalt und geht gegen den Beschluss, der zweimal vom SR beschlossen und einmal von der Kommunalaufsicht (Widerspruch) nicht zugestimmt, vor. Das kann nicht sein und dann heißt es wieder, der blöde SR, der diskutiert nur und macht den armen BM fertig. Das ist für ihn mit ein Grund, warum er sich nicht mehr als SR zur Wahl stellt. Die neuen SR'e tun ihm jetzt schon leid, denn er weiß, was für ein Spiel der BM spielen wird. Leider bekommen die Bürger davon nur selten etwas mit. An diesem Beispiel wird es ganz deutlich, wie die ganze Verfahrensweise ist. Der Informationsfluss ist null. Nur die UWGSA hält immer zum BM und stimmt zu, egal was passiert und was kommt.

Frau Schleef stellt den Geschäftsordnungsantrag, den TOP einzuhalten.

Herr Jacob erklärt Frau Schleef, wenn man beide Hände hoch hebt, bedeutet dies, man hat einen Geschäftsordnungsantrag und wird sofort aufgerufen. Ein Geschäftsordnungsantrag ist anders, als ein normaler Antrag. Bei einem normalen Antrag hebt man nur eine Hand und kommt der Reihenfolge nach dran. Frau Schleef ihr Antrag ist kein Geschäftsordnungsantrag.

Frau Schleef wird sich nochmal belesen und **Herr Jacob** äußert, das ist zum Ende der Legislatur eine gute Idee.

Da Herr Brohm von der gestrigen Ortschaftsratsitzung Lüderitz und von der Situation in den Kitas gesprochen hat, ist **Frau Braun** gezwungen, zu sagen, wie es wirklich war. Sie glaubt, Herr Brohm und sie waren in unterschiedlichen Sitzungen. Herr Sprunk war dabei und kann alles bestätigen. Es war nicht so, wie Herr Brohm dies hier vorgetragen hat, im Gegenteil. Die Eltern haben sich gestern bei Frau Braun gemeldet, weil sie im Amt nicht weiter gekommen sind. Seit Wochen ist diese Situation schon. Das haben die Eltern, zusammen mit dem Kuratorium, erst selbst versucht, zu regeln. Jetzt ist es an einen Punkt gekommen, wo die Arbeitgeber der Eltern nicht mehr mitmachen, dass diese, obwohl sie einen 10-Stunden-Betreuungsvertrag abgeschlossen haben, nach 6 Stunden ihre Kinder abholen müssen und das Geld gibt es auch nicht zurück. Darum wird Frau Braun für die Kita-Gebührensatzung noch einen Änderungsantrag stellen. Die Eltern können das nicht mehr leisten. Die Eltern, auch die Erzieher, sind am Limit. Im vorletzten SA wurde den Räten von Frau Altmann, die für Personal und Kita zuständig ist, dass wir über 200 Stunden zu viel im System haben, analog der Kinder, die wir betreuen müssen, informiert. Das hat Frau Altmann uns sogar graphisch vorgetragen. Jetzt stellt sich raus, wenn man sieben Kitas und drei Horteinrichtungen hat, dass man in der Gesamtheit alles graphisch schön darstellen kann. Es kann aber so nicht sein, weil jede Kita eine andere Struktur hat und zwar, unterschiedliche Altersgruppen, unterschiedliche Bedarfe und unterschiedliche Verträge von der Betreuungsleistung. Es muss jede Kita einzeln dargestellt und analysiert werden. Dann kann es nicht passieren, dass wo schon Mangel ist, auch noch zur Krönung aus Lüderitz ein Mitarbeiter zur Kita „Anne Frank“ abgezogen wird. Dadurch hat sich in Lüderitz die Situation so erhöht, dass viele, die nur 5 oder 6 Stunden tätig sind, jetzt 8 bis 10 Stunden arbeiten. Wenn das alles Personalpolitik sein soll, dann versteht sie die Welt nicht mehr. Jetzt auf einmal werden gut ausgebildete junge Leute, die uns kein Geld gekostet haben und die jetzt fertig werden, wie in Lüderitz einen 25-Stunden-Arbeitsvertrag angeboten, nicht einmal in Lüderitz, sondern in Grieben. Das hat der junge Mann natürlich abgelehnt und er hat schon drei Angebote von woanders. Unsere EGem hat einen Fachkräftemangel und verprellt die, die bei uns arbeiten wollen.

Frau Kraemer fehlte im Bericht des BM das Thema Wildpark. In der Zeitung steht, dass wir unterhalb des Gutachtens verkaufen wollen. Sie kennt nicht einmal ein Gutachten. Gibt es eine Möglichkeit, dass der SR an das Gutachten kommt?

Herr Brohm berichtet, dass man sich für den Wildpark bis zum 30.06.2024 bewerben kann. In der Freitaginfo hat Herr Brohm die Räte über den aktuellen Stand in Kenntnis gesetzt. Als der SR den Beschluss dazu gefasst hatte, war das Gutachten dabei, aber wir können das Gutachten gern noch einmal an alle Räte schicken. Nach dem 30.06.2024 muss der SR entscheiden, was er will und was er nicht will.

Herr D. Wegener gibt an, dass in der Volksstimmte stand, dass der SR angeblich beschlossen hätte, die Ausschreibung für den Wildpark von März auf den Juni zu verlängern. Er als SR hat nicht zugestimmt. Wer hat beschlossen, dass die Ausschreibung um 3 Monate verlängert wird?

Herr Brohm weiß nicht, was in der Zeitung stand, aber er hat den Räten in der Freitaginfo mitgeteilt, dass wir die Frist vom 29.03.2024 auf den 30.06.2024 verschoben haben. Zu dieser Zeit lag noch kein Angebot vor, aber mit Blick auf die bisher geführten Gespräche, scheint es richtig gewesen zu sein, den Termin zu verlängern.

Herr D. Wegener fragt, unter wir, verstehen wir den BM? Sie sprechen von sich in der Mehrzahl?

Herr Brohm äußert, das habe ich entschieden.

Herr Graubner sagt im Namen seiner Fraktion, es kann nicht sein, dass wir uns Presse halten müssen, um zu erfahren, was wir hätten entscheiden müssen. Hier stimmt irgendetwas im Ablauf nicht, eigentlich schon die letzten 10 Jahre nicht. Wir haben hier keinen Kaiser gekrönt, sondern einen BM gewählt und dieser hat sich bitte an bestimmte Abläufe zu halten. Die Verwaltung auch.

Herr Jagolski stellt den *Geschäftsordnungsantrag, Ende der Rednerliste*. Er selbst habe auch noch einige Punkte dazu. Dafür gibt es den TOP Anfragen und Anregungen.

Herr Jacob bittet um *Abstimmung des Geschäftsordnungsantrages, Ende der Rednerliste*.

Abstimmung: mehrheitlich Ja

Der TOP 10 wird nach Abstimmung im TOP 2 nach dem TOP 5 behandelt.

TOP 10: Antrag WG ZUKUNFT - Vollverpflegung in den Kindertageseinrichtungen Vorlage: BV 1153/2024

Herr Nagler erinnert daran, dass im Antrag namentliche Abstimmung beantragt ist. Er will nicht auf alles eingehen, was er schon im SA gesagt hat aber auf einiges, vor allem auf den Änderungsantrag aus der Verwaltung.

(Hinweis vom Sitzungsdienst: Herr Nagler hat einen Tag nach der Sitzung, per E-Mail, darum gebeten, den gesamten Diskussionsverlauf zur Vollverpflegung wörtlich niederzuschreiben.)

„Dieser Änderungsantrag sagt praktisch, wir können das machen, wenn ein Zeitpunkt in der Zukunft gekommen ist, der die Sicherung einer geordneten HH-Wirtschaft ermöglicht. Diesen Änderungsantrag kann nicht wirklich jemand in dieser Runde ernst nehmen. Ich glaube bei diesem SR, die SR'e, die jetzt hier sind, haben von den 5 Jahren, die sie jetzt bald beendet haben, 5 Jahre in einer nicht geordneten HH-Wirtschaft gelebt. Die letzten 2 Jahre hat der BM auch pro aktiv darauf hingearbeitet, das auch gar nicht mehr versucht wird in einer geordneten HH-Führung zu kommen, sondern es wurden 2 Jahre hintereinander nicht gesetzeskonforme HH'e eingereicht, zur Genehmigung. Das war eben beabsichtigt. In dieser mittelfristigen HH-Planung bis 2028, und es ist ja auch in der Verfügung bestätigt, ist überhaupt keine Sicht in einer geordneten HH-Führung zu kommen. Diesen Antrag muss ich sagen, zum Glück habe ich ihn gestern gelesen und nicht heute. Da hatte ich eine Nacht drüber Zeit zum Schlafen, weil gestern wäre ich hier an die Decke gegangen. Das ist unfroren, so einen Antrag zu stellen. Das heißt, wenn man diesen Änderungsantrag der Verwaltung zustimmt, ist das praktisch wie Ablehnung unseres Antrages. Das kann nicht ernsthaft im Sinne sein, ist unvorstellbar. Dann gehe ich jetzt nochmal auf ein paar Argumente, die im SA und im HA geäußert worden, ein, um die vielleicht ein bisschen zu entkräften. Ein Argument, was von der Verwaltung vorgetragen wurde, was auch von der UWGSA dann aufgegriffen wurde, war, dass manche Einrichtungen das nicht können und andere das können und das wär eine Ungleichbehandlung. Da verweise ich auf Seite 3 Abs 1. unseres Antrages. Da steht drin, „im Bildungsprogramm (das ist das vom Land) für Kindertageseinrichtungen in Sachsen-Anhalt Bildung: elementar – Bildung von Anfang ab heißt es :Die Leitung entwickelt ... gemeinsam mit den pädagogischen Fachkräften eine einrichtungsspezifische Konzeption ... (und jetzt kommt das Entscheidende). Die Konzeption gibt der Einrichtung ein individuelles Gesicht und macht so den Unterschied zu anderen Tageseinrichtungen sichtbar.“ Darum geht es hier. Es ist nicht wie früher, wo alles gleich war, bis 1989, sondern die Eltern sollen die Möglichkeiten haben, aus verschiedenartigen Angeboten, das für sie passende auszusuchen. Gerade in Tangerhütte weiß ich, dass das auch wirklich von den Eltern genutzt wird. Die gucken sich beide Einrichtungen und sagen, gut, einmal haben sie ein offenes Konzept und

einmal nicht. Sie hatten bis vor kurzem eine Vollverpflegung, in dem anderen nicht und haben dementsprechend das entschieden. Das heißt, es ist z.B. auch bei anderen Themenfeldern nicht alles gleich, in dieser EGem. Bei den Öffnungszeiten gibt es Unterschiede. Da ist es im Endeffekt so, eine längere Öffnungszeit, sind Mehrkosten als eine geringere Öffnungszeit. Es geht eben nicht darum, dass das hier alles gleich gemacht wird, denn dann brauchen wir das nicht. Dann sind wir wirklich wieder in Zeiten, die wir hinter uns gelassen haben. Das mal zum entkräften. Dann noch generell, deswegen sind auch die Eltern auch da. Dieses ganze Problem, wieviel Energie da rein-gesteckt wurde, von dem BM, von Frau Altmann, von der Verwaltung, im letzten ½ Jahr, das ist wirklich Wahnsinn, muss ich sagen. Ich will nochmal sagen, wie es dazu gekommen ist oder, wenn wir jetzt darüber reden, hier steht ein Ansatz drin, von 45.000 € glaub ich pro Jahr. Das ist ja nicht so, dass jetzt neue Kosten hinzu kommen. Diese Kosten waren tagesein tagaus drin, im HH. Es wurde auch nicht von der Verwaltung in einem geordneten Verfahren, z.B. im SR, gesagt, als Sparprogramm das aufgelegt, so dass der SR darüber reden kann und sagen kann, gut, wir können uns das nicht leisten, sondern es wurde einfach, aus meiner Sicht auch rechtswidrig, gegen bestehende Verträge verstoßen. Es wurde gegen die Konzeption der Kitas verstoßen. Es geht nicht nur um eine Kita. Es geht um mehrere Kitas. Es kommen hier keine neuen Kosten dazu. Es geht darum, den Status quo wie er vorher war, wieder herzustellen. Das es eben die Möglichkeit gibt, in dieser Gemeinde, weil die würde, wenn man es so lässt, nicht mehr geben, aus meiner Sicht oder nicht nur aus meiner Sicht, aus Sicht unserer Fraktion, auch aus Sicht vieler Eltern. Dass es die Möglichkeit gibt, für Eltern, auch Einrichtung auszuwählen, wo es eine Vollverpflegung gibt und ich denke, dieses Geld, vor allem auch vor dem Hintergrund, dass sie kein Problem damit haben, Gelder auszugeben, für Rechtstreitigkeiten, ist gut angelegt, für die Zukunft der Kinder, weil, es ist alles dargelegt, was das an pädagogischen Hintergrund heißt, für die Kinder, in ihrer Entwicklung. Ich persönlich, habe ich auch schon öfter gesagt, habe beide Seiten kennen lernen können müssen. Je nachdem, wie man das sieht. Das was ich möchte, eine Vollverpflegung, aber durch die Umbaumaßnahmen hatte ich auch 1 Jahr lang die Nichtvollverpflegung. Das hat für mich nochmal ganz klar die Sinne geschärft, dass eine Vollverpflegung aus meiner Sicht ganz klare Vorteile hat, gerade auch, was die Entwicklung angeht. Dann will ich eigentlich schon schließen. Was hier auch gesagt werden muss, in diesem Zusammenhang. Ich überlege gerade, wie ich das jetzt vorsichtig formuliere. Sie haben in ihrem Umgang mit den Eltern, mit dem Kuratorien, auch mit den Erziehern, die diese Konzepte erarbeitet haben und mit der Leitung sehr viel Porzellan zerschlagen. Im Endeffekt geht es im Kuratorium darum, es wird immer so schön gesagt, Interessenausgleich, im Sinne der Kinder, herzustellen. Man diskutiert ja doch immer mal kompliziertere Ansichten, in der Vergangenheit. Der Vertrauensverlust ist massiv, den Sie dort angerichtet haben. Ich denke mal, für die Zukunft wird es sehr schwierig, dort vernünftige Lösungen, im Sinne der Kinder, zu finden, wenn ein Partner, nämlich der Träger, eigentlich nicht mehr verlässlich ist. Im Endeffekt ist es nichts anderes gewesen. Sie haben Betreuungsverträge, wo explizit auf eine Konzeption hingewiesen wird, die eine Vollverpflegung beinhaltet, keine Rücksicht genommen. Sie haben gegen Kuratoriumsbeschlüsse zu einer Vollverpflegung verstoßen. Sie haben einfach gesagt, nee, ist mir egal, was das Kuratorium sagt, ich schließe den Vertrag mit dem Versorger nur ab, über die Mittagsverpflegung. So geht man nicht mit seinen Bürgern um. Ich bitte wirklich die SR'e, im Sinne der Kinder, bei diesen überschaubaren Kosten, diesem zuzustimmen. Die Kinder sollten es uns wert sein. Der Umgang mit den Eltern sollte ein anderer sein und wenn das gewünscht ist, dann bitte in einem geordneten Verfahren, das man eben dann wirklich mit dem SR und mit der Öffentlichkeit redet, ob es das Ziel ist, das nicht mehr anzubieten, aber nicht so, wie es hier gelaufen ist. Ich würde mich sehr freuen, wenn dieser Antrag und nicht der Änderungsantrag die Zustimmung des SR'es findet. Vielen Dank.“

Frau Braun sagt, „ich stimme den Ausführungen von Herrn Nagler 100 % zu. EGem heißt nicht Gleichmacherei und Kita und Kita ebenfalls nicht. Jede Kita hat ein eigenes Konzept, abgestimmt mit den Eltern und Erziehern. Genau das ist das Prinzip von Kinderbetreuung, Kinderförderung und soziales Verhalten. Ich kann absolut nicht nachvollziehen, wie man in diese Hoheit und in dieses System so eingreift, wie es hier passiert ist. Wir, als WG Lüderitz werden selbstverständlich diesen Antrag der WG Zukunft unterstützen. Herrn Brohm seinen Antrag werden wir ablehnen, weil er einfach nicht das wiederspielt, was Bedarfe für Eltern ist. Wir haben ein differenziertes Angebot, in unserer EGem und die Eltern haben die freie Wahl sich für das Angebot ihrer Wahl und ihrer Bedarfe zu entscheiden. Das ist das Prinzip des Kita-Gesetzes, des Kindertagesstättengesetzes und das wird hier eben in unserer Verwaltung leider unzureichend berücksichtigt und unterstützt. Vielen Dank. Wir stimmen zu.“

Herr Graubner gibt an, „auch die CDU-FDP-Fraktion wird selbstverständlich den Antrag der WG Zukunft original und nicht den Änderungsantrag der Verwaltung zustimmen. Wann wir jemals in geordnete HH'e kommen werden, weiß ich nicht, aber dass wir eine Verantwortung haben, für die Eltern und ihren Kindern, die für ihre Kinder kämpfen, um eine Vollverpflegung, vollziehen wir nach. Deshalb stimmen wir für den Antrag der WG Zukunft. Dankeschön.“

Herr Jacob berichtigt Herrn Graubner. Wir sind keine CDU-FDP-Fraktion mehr, sondern die CDU-Fraktion. Die FDP ist ausgetreten.

Frau Schleef sagt, „es schlagen wie schon im HA gesagt, 2 Herzen in ihrer Brust. Einmal sind es die Kinder und einmal, was nehmen wir den Eltern alles ab. Geht es hier nur um die Fröbel, weil im Antrag steht, alle Kitas? Dann fallen ja doch zusätzliche Kosten an, denn die sind definitiv nicht geplant. Die Fröbel hatte ja mehr Personal, damit sie das bewältigen können. Wenn wir doch sagen, okay, wir stellen den Eltern diese Vielfalt der unterschiedlichen Kitas zur Verfügung, dann wäre es doch auch eine Sache, zu sagen, okay, die Fröbel macht Vollverpflegung, die Anne Frank macht keine Vollverpflegung, aber für diese Vollverpflegung wird zusätzlich eine Gebühr von 10 € erhoben, im Monat. Herr Nagler, sie haben den HH selbst angesprochen. Wenn wir hier in Geld schwimmen würden, denn wär das Erste, was ich stellen würde, Kompletteness kostenlos, in den Kita-Einrichtungen, ob es jetzt Kita oder Schule ist, denn das sind wirklich Kosten, die sind teuer und tun den Eltern weh. Ich habe selber 2 Kinder. Wie gesagt, wenn es jetzt nur um die Fröbel geht und wir sagen okay, wir bieten das an, aber mit einem Obolus von 10 € im Monat, um die Kosten etwas zu decken. Damit haben wir sie nicht komplett gedeckt, aber wenn ich jetzt ein Elternteil wäre und hätte jetzt die Möglichkeit der Vollverpflegung, wären jetzt für mich die 10 €, die ich dann gern bezahlen würde, für diese Vollverpflegung. Wie das gelaufen ist, habe ich schon damals gesagt, war das nicht in Ordnung. Man kann das nicht so, von heute auf morgen. Vielleicht sollte man auch sagen, wir vertagen diesen Punkt auch nochmal, auf die nächste Sitzung, um dann zu gucken, kommt das Kuratorium der Fröbel, die Eltern, die Verwaltung zusammen und finden einen Weg, den sie uns gut präsentieren können. Sollten wir vielleicht auch mal drüber nachdenken. Man muss nicht immer kämpfen und dagegen sein. Vielleicht findet man ja irgendwo einen Mittelweg, um das zu machen. Ich finde das Konzept nicht schlecht, aber wie gesagt, wenn ich All inklusive buche, im Hotel, zahle ich auch mehr, als wenn ich nur mit Frühstück buche.“

Herr Strube hat „zu dieser Thematik schon im HA seine Meinung gesagt. Ich brauche auch keine Aufforderung, wie ich mich verhalten soll, zu dieser Sache. Das ist eigentlich eine Thematik, die meine volle Sympathie hat. Muss ich ehrlich bekennen. Deswegen werde ich persönlich dieser BV zustimmen. Ich habe auch in Erfahrung gebracht, dass die anderen Mitglieder der Fraktion Die Linke das auch tun. Ich würde sogar noch einen Schritt weiter gehen, aber dafür ist die Zeit noch nicht da, noch nicht reif genug. Ich würde sogar so weit gehen, dass die Vollverpflegung in den Tageseinrichtungen komplett für die Eltern kostenlos ist. Die Linke, das weiß vielleicht jeder, kämpft seit Jahren, um diese Situation, dass das eintritt. Leider gibt es dafür noch keine Mehrheiten, aber wie gesagt, der BV stimme ich voll zu, weil diese meine Sympathie hat. Danke.“

Frau Kalkofen äußert, „ich war die, die im SA gesagt hat, dass für mich die Gleichbehandlung aller Kitas sehr wichtig ist und dass ich die Idee der Vollverpflegung gut findet und dass ich mir das damals sicherlich auch gewünscht hätte. Jetzt meine Frage, wenn sich eine Kita darum bewirbt, die jetzt noch keine Vollverpflegung hat, das machen zu wollen, wie sieht es dann aus? Dann brauchen wir Kräfte, Lagermöglichkeiten, Kühltechnik und Kapazitäten. Wird das dieser Kita dann ermöglicht oder diskutieren wir hier jetzt nur um die Fröbel?“

Herr Brohm antwortet, „per Beschluss diskutieren Sie, deswegen ist der Ansatz so hoch, für alle Einrichtungen. Anders geht es ja nicht. Das heißt, jede Kita könnte auf die Idee kommen. Man kann das beschließen, Das ist ja nicht dogmatisch und es gibt viele gute Argumente für eine Vollverpflegung. Man muss noch einmal ins Detail gehen. Das ist jetzt nicht die Antwort auf die Frage, aber die sage ich Dir später nochmal. Grundsätzlich betrifft es alle und grundsätzlich müsste die eine oder andere Kita dann auch ausgerüstet werden und ja, mit Blick auf die Größe, würde das auch bedeuten, wenn Anne Frank z.B. sagt, die hätten das gern, reden wir von Wir reden hier von drei Köpfe, die das zubereiten. Das ist das, was in Rede steht. Wir reden ja nicht um die Kosten von Essen, sondern in Rede steht, die Zubereitung, Portionierung etc. pp. und das muss jemand organisieren. In der Fröbel haben wir uns die Prozesse angeguckt und versucht noch Einsparpotenzial zu finden. Wir sind von über 20 € auf 17 € runter gekommen und haben gesagt, okay, wo ordnen wir das ein und können wir das irgendwie noch besser und effizienter organisieren, damit wir von den hohen Personal Also, drei Köpfe, ich stand daneben, sind für die Zubereitung von zehn Versorgungs-

wagen (zehn Gruppen) zuständig. Das ist zu organisieren und das muss man sich in jeder Einrichtung anschauen, wie das dann machbar ist.“

Frau Kalkofen hat „mit Cobbel gesprochen. Die haben das Thema Vollverpflegung noch gar nicht gekannt. Da sind natürlich einige Fragen aufgekommen, z.B. gibt es Kinder, die haben viele Allergien. Wer haftet, wenn diesem Kind etwas passiert, wenn die Kindergärtnerin oder wenn die Kinder sich selber das Brot schmieren. Ist das geklärt? So kriegen die Eltern das mit. Wenn da alle am Tisch sitzen, sind die versichert, um solchen Fällen gerecht zu werden? Das nächste, es ist so, dass sie für Vollverpflegung offen sind, aber sie brauchen natürlich Personal. Die Hilfskraft, die dort ist, müsste mit Stunden aufgestockt werden. Wenn wir jetzt hier für dieses Konzept stimmen, kann man dann davon ausgehen, dass in den nächsten Monaten die Kitas umgebaut werden, die Interesse haben oder läuft das ins Leere, weil, dann brauchen wir nicht zustimmen.“

Herr Brohm gibt an, „wenn man den Änderungsantrag, den wir reingegeben haben und auch in der Freitagsinfo habe ich es gesagt und auch mit dem Antrag, den die WG Zukunft gestellt hat, akzeptiert sie die Rechtsnorm, die wir letztes Jahr auch ausgelegt haben und dabei ist das eine freiwillige Leistung. Der Träger ist nicht verpflichtet, diese Vollverpflegung zur Verfügung zu stellen. Das heißt, wir sind auch nicht dagegen. Wenn die Eltern das bezahlen, können wir das gern machen. Das ist nicht das Problem. Sie bezahlen ja auch die Mehrkosten. Vollverpflegung kostet 3 € mehr. Das heißt, die ist ja grundsätzlich per se teurer. Dann ist das auf einmal eine Aufgabe, die Personal nach sich zieht und jetzt ist die Frage, gibt die HH-Verfügung von 14 Seiten, die sehr konkret ist, wie das zu bewirtschaften ist, nämlich nur, was unbedingt notwendig und vertraglich gesichert ist, dass her, eine neue freiwillige Leistung zu übernehmen? Das ist die Frage, die sich stellt, auch für mich als Hauptverwaltungsbeamter, um das dann umzusetzen.“

Frau Kalkofen entnimmt „aus den Ausführungen, wenn wir dem jetzt zustimmen, ist es sowieso sinnlos, weil, es ist kein Geld dar und alle anderen Kitas, die das wollen, würden das ja nicht bekommen. So ist das ja wieder die Ungleichbehandlung.“

Herr D. Wegener stellt den *Geschäftsordnungsantrag, Ende der Rednerliste und Abstimmung.*

Abstimmung: mehrheitlich Ja

Vor der Abstimmung hat Herr Jacob noch informiert, dass noch Frau Kraemer, Herr Nagler und Herr Dr. Dreihaupt auf der Rednerliste stehen.

Frau Kraemer führt aus, „die SPD-Fraktion wird dem Antrag der WG Lüderitz auch zustimmen. Die Begründung der Verwaltung ist mit ihrem eigenen Antrag so widersprüchlich, da schüttelt man eigentlich den Kopf, denn hier steht selbst drin, aktuell gelingt es nicht, den HH-Ausgleich in den kommenden Jahren aufzuzeigen. Dann stellen sie so einen Antrag. In diesem Antrag stehen ein paar Sätze weiter, die Beschlussfassung von dem Antrag der WG Zukunft wäre wirtschaftlich nachteilig. Für unsere Kinder ist das nicht wirtschaftlich nachteilig. Wirtschaftlich nachteilig ist für uns, wenn Sie für Beschlüsse des SR'es, die von der Kommunalaufsicht bestätigt werden, einen Anwalt nehmen und dagegen klagen. Das ist wirtschaftlich nachteilig, für unsere Gemeinde aber nicht, wenn Sie unseren Kindern die Vollverpflegung gewährleisten. Zum anderen muss ich sagen, der SR beschließt aber nicht, welcher Kindergarten das bekommt, denn das machen die Kuratorien selbstständig und die beschließen auf Grundlage ihres Programms und ihrer pädagogischen Ausrichtung, welche Verpflegung sie den Eltern anbieten. Und wenn sich da Änderungen ergeben sollten, in der nächsten Zeit, weil der heutige Beschluss, wenn er denn gefasst wird, so kommt, dann ist das von der Verwaltung so umzusetzen, auch, wenn der HH wie immer nicht genehmigt wird oder wie auch immer. Wir leisten uns ja auch Anwälte. Das ist ja auch eigentlich nicht unbedingt, ne?“

Herr Nagler hat sich noch einmal zwei, drei Sachen aufgeschrieben, um auf bestimmte Sachen, die gesagt wurden, zu erwidern. „Der SR entscheidet, wofür er Geld ausgibt. Das machen wir überall. Das heißt, das wäre ja alles wirtschaftlich nachteilig, indem ich Geld ausgabe, aber irgendwo muss ich Geld ausgeben. Sonst funktioniert es nicht mehr. Das ist ja auch zu Hause so. Also, diese Argumentation, ich habe ja schon im SA gesagt, ich gehe davon aus, dass Sie das alles vorbereiten, um einen Widerspruch wieder zu generieren. Was hier aber, denke ich mal, nicht funktionieren wird. Das kann nicht funktionieren, weil dann wird es lächerlich. Nochmal, Sie haben gesagt, neue freiwillige Aufgabe. Das ist keine neue freiwillige Aufgabe. Ich stelle es auch in Abrede, dass das überhaupt eine freiwillige Aufgabe ist. Das ist eine Sache, die wir ausgeben können. Dann braucht man sich auch keine Sorgen machen, dass ab morgen sozusagen alle eine Vollverpflegung haben wollen. Es existieren zurzeit in drei Einrichtungen eine Konzeption mit Vollverpflegung und in den anderen eine Konzeption ohne Vollverpflegung. Die Frage kann man auch anders stellen, warum wird den drei Einrichtungen, die seit Jahren, Jahrzehnten eine Vollverpflegung haben, jetzt auf einmal das einfach weggenommen, von einem Tag auf den anderen, so wars. Die anderen Konzeptionen

müssten dann erstmal durch die Leitung, durch das Team umgearbeitet werden und durch das Kuratorium gehen. Da müsste dann besprochen werden, in welcher Form das möglich ist. Die Frage ist, ob das überhaupt gewünscht ist, denn sie haben ja jahrelang das nicht gewollt, wo es auch die Möglichkeit gab. Bis letztes Jahr, Oktober/November, gab es für alle die Möglichkeit, darüber nachzudenken. Hat ja keiner in Anspruch genommen. Das ist eine Scheindiskussion, die da aufgemacht wird. Dann nochmal zum Thema, ob man das hier vertagt. Ich habe eine Hochachtung vor den Eltern, was sie im letzten ½ Jahr an Energie aufgewendet haben, um eine Lösung im persönlichen Gespräch, im Kuratorium zu finden, mit dem BM, mit der Verwaltung außerhalb dieses Antrages. Dieser Antrag von uns, ist die letzte Möglichkeit gewesen, um das im Sinne der Eltern zu klären. Das bringt nichts. Die Gespräche sind fruchtlos. Ich weiß nicht, wie oft man zusammen gesessen hat. Da bringt nichts mehr was. Das habe ich ja versucht, vorhin deutlich zu machen, dass so viel Vertrauensverlust mittlerweile, so viel Porzellan zerschlagen ist, dass es für die Zukunft auch schwierig wird. Es gibt, gerade in unserer Kita, so viel Engagement von den Eltern, auch über einen Förderverein usw. und so fort, die sich wirklich tagtäglich vor ihrer Arbeit, nach ihrer Arbeit davor spannen. Ich kann das wirklich einschätzen und die werden durch die Art und Weise, wie hier mit diesem Thema umgegangen wird, werden wirklich so schlecht behandelt. Das ist unmöglich. Deswegen sage ich nochmal, es bringt hier nichts mehr, zu reden. Dieser Antrag, ich wollte es wirklich umgehen, hier diese Diskussion zu führen, in der Öffentlichkeit, weil es auch kein schönes Bild bringt, bei so einer, aus meiner Sicht, banalen Sache. Aber es scheint mittlerweile irgendwie persönlich ganz wichtig zu sein, für die Verwaltung, dass man das irgendwie verhindert, dass es wieder eine Vollverpflegung gibt, in den drei Einrichtungen. Das wollte ich nochmal sagen. Ich freue mich über jeden, der zustimmt. Hoffe, dass die anderen dann später nochmal darüber nachdenken. Vielleicht kommt man auch nochmal ins Gespräch, über das Thema. Es sind auch Eltern dar. Ich kann auch gerne Kontakte herstellen, wenn der eine oder andere nochmal ins Detail gehen möchte. Wäre kein Problem, denn das Thema ist zu ernst, um das hier einfach so abzutun. Wie gesagt, mein großes Dankeschön an die Eltern, die das jetzt wirklich über einem ½ Jahr immer dran bleiben und alles Mögliche versucht haben, sich extrem organisiert haben. Das ist Hochachtungsvoll. Danke.“

Herr Dr. Dreihaupt hatte seine Frage schon im HA gestellt. „Ist überprüft worden, ob die Kita-Mitarbeiterinnen Essen herstellen dürfen? Haben die einen Hygienennachweis?“

Herr Nagler wirft rein, „die haben sogar eine Fachausbildung. Sie mussten lernen, wie sie mit den Sachen umzugehen haben. Das haben nicht mal alle hier und das ist eine Sauerei, dass man diese Ausbildung finanziert, in der Vergangenheit und jetzt nicht mehr darauf zurückgreift. Ich habe die Fachbegriffe nicht. Das ärgert mich jetzt. Da brauchen Sie sich überhaupt keine Gedanken machen. Wenn das alles nicht gewesen wäre, dann hätte es schon die ganzen Jahre nicht funktioniert.“

Herr Brohm möchte seinen Änderungsantrag erklären. „Ich kann die Argumentation von Herrn Nagler nachvollziehen, aber die ist natürlich auch nur tendenziös richtig. Grundsätzlich teile ich Ihre Einschätzung nicht. Ich fand den letzten Austausch, mit den Damen da hinten, Kuratorium, als eine sehr gelungene Veranstaltung. Wenn Sie eine andere Wahrnehmung haben, dann tut es mir leid. Ich finde, dass wir in einem sehr gedeihlichen Austausch waren und sind. Ich will nochmal sagen, es gibt drei Einrichtungen. Grieben hat entschieden. Es geht auch nicht pro oder contra Vollverpflegung. Ich bin selber Papa in einer Kita, wo wir die Vollverpflegung vor Jahren eingeführt haben, zusammen mit allen Beteiligten. Insofern, es gibt viele Argumente dafür und es steht ja gar nicht in Abrede. Der Träger ist auch nicht gegen die Vollverpflegung. Worum es geht, ist, wer zahlt die Kosten dafür? Jetzt weichen wir von einem Grundsatz ab, dass der, der diese verursacht, eben nicht bezahlen soll. Am Ende akzeptieren sie das auch. Das ist eine politische Entscheidung. Wenn wir politisch das so wollen, ist das Ihre/Eure Entscheidung, gar kein Problem. Jetzt kommen die Formalitäten. Grieben hat entschieden, wir kehren zurück. Egal, was heute Abend hier entschieden wird. Das heißt, wenn sie irgendwann einen Caterer gefunden haben, machen die die Vollverpflegung. Ob sie irgendwann die Kosten dafür erstattet bekommen oder nicht. Bellingen hat entschieden, sie machen das nicht. Kehren nicht dahin zurück. Die Fröbel hat noch nicht für sich entschieden. Doch, das Kuratorium hat entschieden, wir wollen das unbedingt beibehalten. Was wir aber nicht vergessen dürfen, die Mittagsversorgung ist Pflichtaufgabe des Trägers, die bereitzustellen. Die Kosten dafür, wenn man sich das nicht leisten kann, wird vom Teilhaber übernommen. Die Vollverpflegung zahlt jeder aus der eigenen Tasche und jetzt kommt noch etwas dazu. Den Aufwand, das herzustellen, ist die Frage. Zahlt das jeder aus der eigenen Tasche oder zahlt das jetzt der Träger und ist dafür verpflichtet, das bereitzustellen, weil die Herausforderung ja ist, ist Personal da, können wir das so machen etc. pp. Das ist die Grundlage. Niemand will den Kindern das nicht gönnen. Ist gar keine Frage. Wer bestellt, muss bezahlen, aus meiner Sicht. Jetzt steht infrage, die große Diskussi-

on und da werden wir nochmal auch das mit der Kommunalaufsicht besprechen. Aus meiner Sicht, ist das eine neue freiwillige Leistung, die die EGem übernimmt. Das ist für mich die Situation. Da ist die Frage, dürfen wir das, müssen wir das, wenn wir alles tun sollen, damit wir nicht wirklich neue Kosten verursachen. Jetzt kann man alles diskutieren. Ich will einmal noch, weil es mich persönlich ärgert. Wir haben hier in vielen Sitzungen besprochen, weil Sie sagen, wir haben mutmaßlich oder pro aktiv nicht rechtskonforme HH'e aufgestellt. Wir haben hier zusammen entschieden, abzuweichen. Blind diesem Gehorsam, ihr müsst euch konsolidieren, sondern, ja Sie vielleicht nicht, aber die Mehrheit hier, in diesem Gremium hat gesagt, wollen wir mal das aufschreiben, in den HH, was mindestens notwendig ist und wir sind abgewichen. Ich habe Ihnen das bei jeder HH-Beratung erzählt, wie der HH zustande kommt und warum es nicht möglich ist, da einen HH-Ausgleich hinzustellen. Kann man ja machen, nur dann können wir nicht nachweisen, was das Notwendige ist. Insofern ist die Frage im Raum, ist das eine neue Sache. Das steht gar nicht zur Frage, dass das eine tolle Sache ist. Die Frage ist aber, ist das in der HH-Situation machbar oder nicht machbar?"

Herr Jacob bittet um *Abstimmung des Änderungsantrages* vom BM, Herrn Brohm.

In den Kindertageseinrichtungen der EGem Stadt Tangerhütte soll es weiterhin zum Zeitpunkt der Sicherung einer geordneten Haushaltswirtschaft, die Möglichkeit einer Vollverpflegung (Frühstück, Mittag, Vesper) ohne zusätzliche Kosten, als die des Lieferanten geben ermöglicht werden. Die Erhebung jeglich gearteter Pauschalen im Rahmen der Vollverpflegung ist unzulässig.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Herr Jacob bittet um namentliche Abstimmung des Antrages der WG Zukunft, BV 1153/2024.

In den Kindertageseinrichtungen der EGem Stadt Tangerhütte soll es weiterhin die Möglichkeit einer Vollverpflegung (Frühstück, Mittag, Vesper) ohne zusätzliche Kosten, als die des Lieferanten geben. Die Erhebung jeglich gearteter Pauschalen im Rahmen der Vollverpflegung ist unzulässig.

Herr Werner Jacob	Ja	Frau Steffi Kraemer	Ja
Herr Andreas Brohm	Nein	Herr Wilko Maatz	Ja
Herr Michel Allmrodt	Ja	Herr Michael Nagler	Ja
Herr Michael Bartoschewski	Ja	Herr Dieter Pasiciel	Ja
Herr Ralf-Peter-Bierstedt	Ja	Herr Björn Paucke	Ja
Frau Edith Braun	Ja	Frau Rita Platte	Enthaltung
Herr Ralf Breuer	Ja	Herr Marco Radke	Ja
Herr Dr. Frank Dreihaupt	Enthaltung	Frau Alexandra Schleef	Enthaltung
Frau Peter Fischer	Enthaltung	Herr Mathias Sprunk	Ja
Herr Marcus Graubner	Ja	Herr Bodo Strube	Ja
Herr Peter Jagolski	Ja	Herr Daniel Wegener	Ja
Frau Carmen Kalkofen	Ja	Herr Sven Wegener	Ja

Abstimmungsergebnis: 19x ja, 1x Nein, 4x Enthaltung => mehrheitlich beschlossen

Herr Graubner verlässt 20:14 Uhr die Sitzung.

TOP 6: Information zur Neuaufstellung des regionalen Entwicklungsplanes (REP) durch den Geschäftsstellenleiter Herrn Kunert

Herr Kunert, Geschäftsstellenleiter, stellt sich vor und informiert per PowerPoint zur Neuaufstellung des regionalen Entwicklungsplanes.

Anschließend beantwortet **Herr Kunert** die Fragen der **SR'e**.

Herr Jacob bedankt sich bei Herrn Kunert, für seine Ausführungen.

Frau Kalkofen verlässt 20:48 Uhr die Sitzung.

TOP 7: 4. Änderung der Geschäftsordnung der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte für den Stadtrat und seine Ausschüsse - Vorlage: BV 1162/2024

Herr Jacob bittet um Abstimmung der BV 1162/2024.

Der Stadtrat beschließt die 4. Änderung der Geschäftsordnung der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte für den Stadtrat und seine Ausschüsse.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich mit Ja beschlossen

TOP 8: Antrag WG Lüderitz - 2. Änderung zur Hauptsatzung der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte - Vorlage: BV 1156/2024

Frau Braun informiert, die WG Lüderitz stellt diesen Antrag, auf der Grundlage dessen, dass die Ortschaften und die Aufgaben, die die Ortschaften lt. KVG (Kommunalverfassungsgesetz) haben,

Protokoll Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. vom Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.

nicht mehr realisiert werden können, weil wir 3 Jahre hintereinander in der HH-Sperre (Haushalts-sperre) sind und keine Möglichkeiten der Förderung, der Brauchtumpflege und der Vereine in Erwägung gezogen werden. Obwohl wir dazu vor 5 Jahren einen SR-Beschluss gefasst haben, wieviel jede Gemeinde zu bekommen hat, hat Herr Brohm das als freiwillige Aufgabe tituliert und verweigert die Auszahlung dieser Mittel. Das bedeutet, dass hier keine kommunale Selbstverwaltung oder keine Organisation des kommunalen Lebens möglich ist. Deshalb möchte Frau Braun, dass das jetzt in der Hauptsatzung drin steht. Was in der Hauptsatzung zu beschließen ist, muss Bestandteil des HH'es werden und kann von der Verwaltung nicht einfach so abgetan werden. Wenn sie heute wieder hört, wie viel Anwaltskosten für Rechthaberei ausgegeben werden, die sinnlos sind, dann steht bei ihr der Kamm, weil alles was uns bis 2010 in den Ortschaften zur Verfügung an finanziellen Möglichkeiten gestanden hat, wird uns hier in radikalster Weise genommen. Wir sind hier Abhängige der Verwaltung und dessen wie Interpretation stattfindet. Wenn Herr Brohm sagt, das ist eine freiwillige Aufgabe, dann stellt Herr Brohm den Antrag in die Kommunalaufsicht und die sagt dann, ja, die HH-Lage ist prekär, geht nicht, dürfen nicht. Frau Braun muss ganz ehrlich sagen, allein, dass Herr Brohm das jedes Mal über die Kommunalaufsicht regelt, ist auch ein Ausdruck des Missfallens und der unsäglichen schlechten Kommunikation und Zusammenarbeit mit den OBM (Ortsbürgermeistern) und den Ortschaften. Herr Brohm hätte das nicht nötig. Wenn der SR das beschließt, hätte Herr Brohm das auszahlen können. Lt. ihrer Erfahrung, in 34 Jahren Kommunalpolitik, wagt sich keine Kommunalaufsicht gegen einen einhelligen Mehrheitsbeschluss eines SR'es vorzugehen, wenn es zu Gunsten der Allgemeinheit, der Brauchtumpflege und der Vereinspflege ist, so wie es im KVG steht. Jetzt können die Ortschaften nichts mehr leisten. Das findet Frau Braun ungeheuerlich. Sie bittet, diesem Antrag zuzustimmen, denn wir wissen nicht mehr, wie es nach der Wahl kommt. Jetzt haben wir noch die Möglichkeit, evtl. für unsere Nachfolger Türen und Tore zu öffnen, auch für unsere neuen OBM und Ortschaftsräte. Frau Braun will nochmal in aller Deutlichkeit sagen, der Gebietsänderungsvertrag von 2010 sagt, die Ortschaften dürfen nicht schlechter gestellt werden. Die Gemeinde Lüderitz hat damals 14.000 € jährlich in die Vereinsarbeit gesteckt und jetzt hat man Lüderitz erst 6.000 €, dann 8.000 € zugestanden. Jetzt hat Herr Brohm um 50 % gekürzt und 2024 soll es kein Geld geben. Das hat Herr Brohm ihr gestern gesagt. Das ist die persönliche Entscheidung von Herrn Brohm, wie er zu uns steht.

Frau Platte gibt Frau Braun mit allem Gesagten Recht. Sie stellt den Antrag im § 10 noch einen 3. Absatz zuzufügen, der das alles noch vervollständigen würde. Diesen Änderungsantrag wird Frau Platte noch schriftlich nachreichen.

Änderungsantrag im § 10 als Punkt 3: Der Bürgermeister führt regelmäßig, mindestens einmal im Quartal, mit den Ortsbürgermeistern eine Besprechung durch, mit dem Ziel, einer offenen lösungsorientierten Diskussion über die Probleme der Ortschaften.

Diesen Antrag stellt Frau Platte, weil es sehr lange keine Sitzung mit den OBM gab und wenn das in der Hauptsatzung steht, können die OBM eine OBM-Sitzung einfordern.

Herr D. Wegener sagt im Namen seiner Fraktion, dass die WG Zukunft den Antrag von Frau Braun und von Frau Platte unterstützt. Es ist schlimm, dass der BM (Bürgermeister) dazu gezwungen werden muss, mit den OBM zusammen zu kommen und zu reden. Das zeigt wieder die Situation unserer EGem.

Frau Schleef kann die Änderung verstehen, aber da sind Sachen drin, dass das KVG regelt und der SR kann mit einer Satzung nicht das Gesetz brechen. Sie wird sich hier enthalten und auf eine Antwort von der Kommunalaufsicht warten.

Herr Jacob merkt an, vom Gesetz brechen ist überhaupt keine Rede. Selbstverständlich kann man dafür oder dagegen sein. Selbstverständlich kann man das überprüfen lassen, aber das hier was gebrochen wird, kann er nicht nachvollziehen.

Herr Brohm gibt an, man tut es immer so ab, der BM könnte, aber der BM kann nicht. Der SR selbst musste zur Kenntnis nehmen, dass er einen rechtswidrigen Beschluss zu den § 7-Mitteln gefasst hatte und der SR hat sich nicht darum geschert, diesen wieder zurückzunehmen. Das gehört zur Wahrheit dazu, nicht mit zweierlei Maß zu messen. Die Situation ist die, der BM hat hier kein Ermessen, wenn es rechtswidrig ist, ist es rechtswidrig und bei der Auszahlung der § 7-Mitteln ist es rechtswidrig, bzw., der SR hat hier nicht zu bestimmen. Das ist vom SR zu akzeptieren und da kann man dann nicht hintenraus sagen, oh, das ist jetzt aber nicht gut fürs miteinander. Es ist nicht gut fürs miteinander, aber es steht im KVG. Die Kommunalaufsicht hat dem SR mitgeteilt, weil wir da auch schon im Disput lagen, dass es nicht wichtig ist, ob es stimmt. Wenn der BM das Gefühl hat, das ist rechtswidrig, hat der BM einen Widerspruch einzulegen und in diesem Punkt hatte der BM Recht. Es wird auch nicht besser, wenn man das immer wiederholt. Wir haben mit den meisten

OBM einen regen Austausch. Manche OBM sind auch für uns nicht zu erreichen. Wir haben für diese Legislatur den kommunal-politischen Abend erfunden. Leider kam Corona dazwischen. Wenn man will, kann man das für sich so interpretieren. Wenn man will, kann man aber auch sehen, wir sind im Austausch mit den Ortschaften. Das Problem ist doch klar, wenn kein Geld da ist, ist kein Geld da. Jetzt streiten wir uns, weil kein Geld da ist. Schuld ist natürlich der Hauptverwaltungsbeamte. Wenn es ihnen damit besser geht, ist ihm auch geholfen. Er weist darauf hin, dass aus unserer Sicht viele Sachen nicht regelbar sind. Herr Brohm weist auch auf seinen Änderungsantrag hin, denn, wenn wir schon die Hauptsatzung verändern und dem Vernehmen nach, scheint es eine Mehrheit dafür zu geben, könnte der SR nochmal über die Veröffentlichung von Satzungen und Auslagen nachdenken. Bei der Veröffentlichung der HH-Satzung haben wir gerade gesehen, wie kompliziert das ist, weil es das Amtsblatt nicht mehr zweimal pro Woche gibt, sondern nur noch sonntags. Dadurch kann man locker 2 Wochen für eine Veröffentlichung verlieren, unabhängig vom Geld. Deshalb bittet er um eine Diskussion, ob wir das KVG nutzen. Das KVG sagt, es reicht, wenn es auf der Homepage veröffentlicht wird. Die Verwaltung wäre sogar in der Lage zu sagen, jeder, der uns mitteilt, dass er es lesen möchte, bekommt eine Information. Dann muss man nicht in der Zeitung blättern, sondern bekommt eine E-Mail, mit einem Link.

Herr Bartoschewski äußert, einerseits wird bzgl. der Beschlusslage zu den § 7-Mitteln, die wir jetzt bereits zweimal gemacht haben, die Bewertung der Kommunalaufsicht zu unsererseits (SR) als rechtswidrig ausgelegt, aber andererseits wird die Bewertung der Kommunalaufsicht zum Abwahlverfahren von Frau Altmann vom BM oder von der Verwaltung durch Anwälte rechtlich geprüft und es wird dagegen vorgegangen. Das ist für ihn in Gänze nicht verständlich. Des Weiteren muss er anmerken, dass für ihn der Gebietsänderungsvertrag der weitestgehende ist und er kann das nur auf Uchtdorf ummünzen. In Uchtdorf geht es um 1.250 € und das ist echt nicht viel. Er versteht, wenn man das gesamtgemeinheitlich betrachtet, dass es nicht ein „Batzen“ ist, aber auch nicht unerheblich. Man darf wirklich die Sensibilität der einzelnen Orte nicht vergessen. In Uchtdorf geht es nicht um sehr viel Geld, aber wenn das Geld so ausgezahlt wird wie festgelegt, kann man damit schon ein bisschen mehr machen. Des Weiteren möchte Herr Bartoschewski anmerken, dass der SR auch festgelegt hat, dass die finanziellen Zuweisungen für die Ortschaften, die in ihren Gemarkungen Solarparks errichten, über die § 7-Mitteln ausgezahlt werden. Wenn wir jetzt dahingehen, dass die Verwaltung und der BM, aufgrund der HH-Lage, was nachvollziehbar ist, selbstständig über die Höhe der Summen prozentual entscheidet, sehe er das ein bisschen fraglich. Das findet er nicht in Ordnung, zzgl. zu den höheren Energiekosten und allem, was der SR eben schon von Herrn Kunert gehört hat. Hier muss er seinen Unmut äußern, denn das ist eine ungerechte Behandlung. Darüber muss geredet werden.

Herr Nagler merkt an, Entscheidungen werden nur akzeptiert, wenn diese im Sinne des BM sind. Er fragt Herrn Brohm, wieviel § 7-Mittel bekommen die OBM in diesem Jahr?

Herr Brohm antwortet, aktuell sind wir in der vorläufigen HH-Führung. Der HH gilt erst ab Montag, den 29.04.2024. In der vorläufigen HH-Führung haben die OBM auch im letzten Jahr die Information bekommen, dass die OBM die Jubiläen, die die Ortschaften für sich definiert haben, wahrnehmen können, auch bei Sterbefällen. Der Stand heute ist der gleiche Stand wie im letzten Jahr. Bei einer Beanstandung, wie im letzten Jahr beim HKK, gibt es normalerweise überhaupt keine § 7-Mittel. Das heißt, der BM kann entscheiden und der BM hat im letzten Jahr entschieden, dass es 50 % gibt. Aufgrund der HH-Lage hätte der BM weniger entscheiden können oder müssen. Aktuell steht das noch nicht zu Disposition, weil wir ab Montag in die HH-Sperre gehen und wir schauen müssen, was wir als SR am 02.05.2024 entscheiden.

Für **Frau Platte** ist auch der Gebietsänderungsvertrag der weitestgehende Vertrag, den wir in der Hoffnung und Erwartung, dass dieser eingehalten wird, abgeschlossen haben. Sie ist der Auffassung, dass der BM das auch gegenüber der Aufsichtsbehörde vertreten müsste, weil es sonst gar nichts mehr in den Ortschaften gibt. Das bisschen, was wir noch machen können. Die unterschiedlichen Beträge sind aufgrund der Festlegung von vor der Gebietsreform festgelegt worden. Diese Beträge sollten mindestens erhalten bleiben. Dafür müsste sich der BM als Hauptverwaltungsbeamter für uns stark machen. Wenn es Herr Seweko (Kommunalaufsicht) allein nicht entscheiden mag oder sich nicht traut, müsste man sich an die anderen Instanzen wenden, obwohl sie persönlich kein Vertrauen, auch nicht in die oberste Aufsichtsbehörde, hat. Diese wird im Zweifel dem Hauptverwaltungsbeamten und der HH-Situation Recht geben. Man muss aber auch sagen, die jetzige HH-Situation hat das Land verursacht, nicht wir oder unsere Bürger. Wir sind jetzt am Ende unserer Wahlperiode. Das Mindeste, was Herr Brohm zur Verfügung stellen müsste, wäre, dass wir mit un-

seren jetzigen Ortschaftsräten vielleicht einmal essen gehen können oder/und Blumen überreichen können, um sich für die geleistete Arbeit zu bedanken.

Herr Jagolski stellt den *Geschäftsordnungsantrag, Schließen der Rednerliste* und Abstimmung.

Abstimmung: einstimmig Ja

Vor der Abstimmung hat **Herr Jacob** darauf hingewiesen, dass Herr Sprunk und er persönlich noch auf der Rednerliste stehen.

Herr Sprunk möchte eine Ausführung zum Änderungsantrag von Herrn Brohm, bzgl. dieser BV, machen. Im Änderungsantrag steht, dass Öffentliche Bekanntmachungen auf der Internetseite, unter www.tangerhuette.de, durchgeführt werden sollen. Das heißt, selbst wenn Pläne, Karten, Zeichnungen oder ähnliche Anlagen bekannt zu geben sind, werden diese nicht auf der Internetseite veröffentlicht, sondern jeder muss dann in die Verwaltung, zu Dienstzeiten, nach Tangerhütte fahren. Was ist mit den Personen, die keinen PC haben, wie z.B. die ältere Generation oder auch Gehbehinderte? Wie kommen die an diese Information? Das müssen wir hier alles bedenken. Er wird diesen Änderungsantrag definitiv nicht zustimmen.

Herr Brohm antwortet, barrierefreier wie ins Internet zu stellen, geht nicht. Man muss nicht zu irgendwelchen Zeiten in die Verwaltung kommen, sondern, man bekommt auf seinem Internet-Account eine E-Mail. Besonders die Älteren nutzen das. Insofern funktioniert das sehr gut und ohne, dass wir etwas gemacht haben, haben wir bereits 109 Nutzer, die sich freiwillig angemeldet haben. Diese Nutzer bekommen eine E-Mail, wenn wir eine Satzung, Informationen, B-Pläne usw. veröffentlichen. Dadurch ist man mit den Bekanntmachungen auch schneller, s. Begründung des Änderungsantrages.

Herr Sprunk muss Herrn Brohm widersprechen und äußert, dann kennt Herr Brohm seinen eigenen Änderungsantrag nicht, denn davon steht überhaupt nichts drin. Es steht eindeutig unter Absatz 1, „die öffentlichen Bekanntmachungen werden auf www.tangerhuette.de durchgeführt“. Nichts von ihnen, nichts vom digitalen Rathaus und im Absatz 2 steht klar drin, „sind Pläne, Karten, Zeichnungen oder andere Anlagen selbst eine bekanntzumachende Angelegenheit, so wird diese durch Auslegung während der Dienststunden im Gebäude der Einheitsgemeinde „Stadt Tangerhütte“ durchgeführt“. So steht es im Änderungsantrag, nichts von digital.

Herr Brohm antwortet, öffentliche Auslegungen sind schon immer im Rathaus. Homepage ist im KVG § 53 Abs. 4 S. 5 geregelt. Dies wird nicht nur auf die Homepage gelegt, sondern man bekommt eine E-Mail mit einem Link und dann kann man auf die Homepage gehen. Diese Frage haben wir schon zweimal gestellt, aber wir wollen nichts unversucht lassen, denn das wäre eine Zeit- und eine Geldersparnis. Herr Brohm nimmt wahr, im Geld ausgeben sind wir gut, aber wenn wir überlegen, wo man gemeinschaftlich Dinge einsparen können, fällt es schwer.

Herr Sprunk findet, dass Herr Brohm seinen Änderungsantrag anders formulieren muss.

Das Problem, das **Herr Jacob** sieht, ist ganz einfach. Der Wille, etwas zugunsten der Ortschaften zu ändern, der ist bei Herrn Brohm nicht vorhanden. Aufgrund seiner beruflichen Erfahrung kennt er sehr viele BM und ist mit diesen Leuten zu diesem Thema in Gesprächen, auch in größeren Ortschaften und größeren Gemeinden, auch mit Oberbürgermeister, die alle die Möglichkeit und einen Weg finden, diese Sache zu lösen. Die nennen das dann nicht § 7-Mittel, sondern anders. Sie fühlen sich aber ihren Ortschaften verpflichtet und ermöglichen das. Herr Jacob ist keine Gemeinde im Umfeld bekannt, in denen seit 4 Jahren kein Volksfest mehr stattfindet, weil die Gelder nicht da sind. Ihm ist

auch keine Gemeinde bekannt, in der die Ortschaften gänzlich auf Geld zu verzichten haben, wo nur die kleinsten Anständigkeiten des Lebens erledigt werden können. Warum Herr Brohm das nicht will, ist für Herr Jacob überhaupt nicht nachvollziehbar. In Gesprächen mit den OBM und mit den Fraktionen, hätten wir gemeinsam Lösungen finden können und finden müssen. Wir haben bei uns im Land Universitäten, die befassen sich damit und schauen, wie kommt es, dass radikale Rechts und Links an den Rändern so großen Zulauf haben. Dazu gibt es Verhaltensformen der Parteien und gesellschaftlicher Gruppen. Dort steht eindeutig drin, dass das Vereinswesen, die Pflege des Brauchtums und die Verbundenheit der Menschen in den Ortschaften zu stärken ist. Wir haben als demokratische Kräfte politisch dafür zu sorgen, weil das die Ursache dieser Probleme ist und wir stellen uns hin und versteifen uns auf Formalitäten und sehen nicht wie uns die Menschen wegrennen, weil wir nicht in der Lage sind, für diese Menschen vor Ort etwas zu tun. Das ist eine Bankrotterklärung. Dafür steht Herr Jacob nicht zur Verfügung. Deshalb wird er garantiert dagegen stimmen und er bittet Herrn Brohm, dies auch zu tun.

Frau Platte hat in der Zwischenzeit den Sitzungsraum verlassen.

Herr Jacob bittet um Abstimmung des Änderungsantrages vom BM Herrn Brohm.

Protokoll Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. vom Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.

§ 22 Öffentliche Bekanntmachungen wird wie folgt geändert:

Abs. 1 erhält folgenden neuen Wortlaut:

(1) Soweit nicht Rechtsvorschriften besondere Regelungen treffen, erfolgen die gesetzlich erforderlichen Bekanntmachungen auf der Homepage der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte (www.tangerhuette.de). Die Bekanntmachung ist mit Ablauf des Erscheinungstages vollendet, an dem die Homepage der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte den bekannt zu machenden Text enthält.

Abs. 2 erhält folgenden neuen Wortlaut:

(2) Sind Pläne, Karten, Zeichnungen oder andere Anlagen selbst eine bekanntzumachende Angelegenheit, so wird diese durch Auslegung während der Dienststunden im Gebäude der Einheitsgemeinde „Stadt Tangerhütte“, in 39517 Tangerhütte in der Bismarckstr. 5 ersetzt. Auf die Auslegung wird unter Angabe des Ortes und der Dauer der Auslegung spätestens am Tag vor deren Beginn auf der Homepage der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte hingewiesen. Die Auslegungsfrist beträgt zwei Wochen, soweit nichts anderes vorgeschrieben ist. Die öffentliche Bekanntmachung ist mit Ablauf des Tages vollendet, an dem der Auslegungszeitraum endet. Gleiches gilt, wenn eine Rechtsvorschrift öffentliche Auslegung vorschreibt und keine besonderen Bestimmungen enthält.

Abs. 3 S. 1 und 2 erhält folgenden neuen Wortlaut:

(3) Die Tagesordnung, Zeit und Ort der Sitzungen des Stadtrates und der Ausschüsse werden – sofern zeitlich möglich auch bei einer gemäß §53 Abs.4 S.5 KVG LSA formlos und ohne Frist einberufenen Sitzung – auf der Homepage der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte bekannt gegeben. Die Bekanntmachung ist mit Ablauf des Erscheinungstages vollendet, an dem die Homepage den bekannt zu machenden Text enthält.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich Nein

Frau Platte betritt wieder den Sitzungsraum und **Herr Jacob** bittet um Abstimmung des Änderungsantrages von Frau Platte.

Änderung in § 10 als Punkt 3:

(3) Der Bürgermeister führt regelmäßig, mindestens einmal im Quartal, mit den Ortsbürgermeistern eine Besprechung durch mit dem Ziel, einer offenen lösungsorientierten Diskussion über die Probleme der Ortschaften.

Abstimmungsergebnis: 22x Ja, 0x Nein, 0x Enthaltung

Herr Jacob bittet um Abstimmung der BV 1156/2024, mit der eben beschlossenen Änderung.

Die Fraktion WG Lüderitz beantragt der Stadtrat möge die 2. Änderung zur Hauptsatzung der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte beschließen.

Abstimmungsergebnis: 16x Ja, 5x Nein, 1x Enthaltung => mehrheitlich beschlossen

TOP 9: Antrag WG Lüderitz und des Ortschaftsrates Lüderitz- Nutzung des ehemaligen Versammlungsraum in der alten FFW durch Vereine - Vorlage: BV 1129/2024

Frau Braun hat den Antrag stellen müssen, weil der BM nicht bereit war, den ehemaligen Versammlungsraum der ehemaligen FFW, die 1996 durch die Gemeinde Lüderitz gebaut wurde, freizugeben. Dort sollte eine Werkstatt entstehen. Das hat den Unmut der Bevölkerung hervorgerufen, auch der Vereine. Sie hat zehn Vereine und einen Mehrzweckraum, in dem auch Privatfeiern stattfinden. Wir brauchen den Versammlungsraum, um die Vereine zu unterstützen. Der Männergesangsverein, der 2025 schon 160 Jahre alt wird, hat darum gebeten, ebenfalls der Sportverein „Eintracht Lüderitz“. Der Ortschaftsrat hat diese in Gänze unterstützt und es geht schon 5 Monate hin und her. Freundlicherweise war Herr Jagolski mit seinem BA vor Ort und die Räte konnten sich überzeugen, was das für eine unsinnige Idee von der Verwaltung war. Inzwischen ist man davon abgerückt, weil auch noch keine baurechtlichen Vorschriften geprüft waren und auch Kosten verursacht werden. Insgesamt ist das auch eine Bankrotterklärung, wie man mit den Ortschaften umgeht und wie man Dinge inszeniert, die rechtlich und baurechtlich null Ahnung haben.

Herr Brohm möchte etwas zur Wahrheitsfindung sagen. Wir sitzen nicht hier, weil der BM blöd ist und das nicht will, sondern weil sie etwas anderes beschlossen haben. Der SR hat beschlossen, dass in dieses Gebäude der Bauhof einzieht. Dann hat man gefragt, was habt ihr denn vor und wir haben über unsere Ideen gesprochen. Parallel dazu wollte Frau Braun einen Schlüssel, weil dort Vereine reingehen sollen. Daraufhin hat Herr Brohm ihr erklärt, dass das nicht geht, weil der SR beschlossen hat, dass dort der Bauhof reingeht. Insofern kann nur der SR entscheiden, ob der Verein dort reingehen soll.

Herrn Dr. Dreihaupt stellt sich die Frage, beim Entgegenkommen von allen Seiten, kann man das nicht zusammen nutzen?

Frau Braun erklärt Herrn Dr. Dreihaupt, als der Beschluss kam, war das auch ihr Vorschlag, dass die Technik vom Bauhof dort in den Hallen einzieht. Oben sind die Wohnungen und unten ist der Versammlungsraum mit Küche. Links sind die Hallen und zwei Räume des Wehrleiters und der Frauen. Ich bin nicht auf die Idee gekommen, dass ich differenziert vortragen muss und dass man das auch noch beschließen muss, dass die rechte Seite, die man abschließen kann, nehmen könnte. Wir sind uns einig. Die zwei Leute vom Bauhof dürfen selbstverständlich am Tag in den Raum zum Frühstück und die Küche sowie die Toiletten mit nutzen. Es ist nicht wahr, dass wir zusätzliche Betriebskosten und Leistungen haben. Der Raum wird von zwei Leuten sowieso genutzt und beheizt. Der Raum muss auch sauber gehalten werden.

Herr Jagolski stellt den *Geschäftsordnungsantrag, Ende der Rednerliste und Abstimmung.*

Abstimmung: mehrheitlich Ja

Herr Jacob bittet um Abstimmung der BV 1129/2024.

Der Ortschaftsrat Lüderitz und die WG Lüderitz beantragen, der Stadtrat möge beschließen, dass entsprechend § 84, Abs. 3 Nr. 1 KVG LSA. dem Ortschaftsrat Lüderitz die Nutzung und Verwaltung des Versammlungsraumes in der alten Feuerwehr einschließlich Toiletten übertragen wird.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich mit Ja beschlossen

TOP 10: Antrag WG ZUKUNFT - Vollverpflegung in den Kindertageseinrichtungen **Vorlage: BV 1153/2024**

Der TOP 10 wurde nach Abstimmung im TOP 2 nach dem TOP 5 behandelt.

TOP 11: Anfragen und Anregungen, Sonstiges

Frau Platte möchte zu den PV-Anlagen, die von der Firma Tangerland auf einige kommunalen Dächern in Tangerhütte installiert werden, wissen, ob die Dörfer auch irgendwann mit dran sind, speziell die Schulen und Kitas?

Dann spricht **Frau Platte** die Wärmeplanung an, die die Gemeinden erarbeiten sollen. Dafür ist in unserer EGem eine Firma aus Düsseldorf zuständig. Die Schornsteinfeger wundern sich, wieso die Gemeinde darum bittet, dass die Schornsteinfeger dieser Firma Daten für die einzelnen Haushalte zur Verfügung stellen sollen, damit die Firma ein ordentliches Wärmekonzept erstellen kann. Wo ist hier der Datenschutz?

Herr Brohm informiert, dass man mit dieser Firma eine wöchentliche Abstimmung hat. Den Plan aufzustellen, wird eine Pflicht werden. Unsere EGem sind die Ersten. Darum die 100 %-ige Förderung. Die Umsetzung ist noch keine Pflicht. Jetzt kann man nur berechnen, wie man was empfehlen kann, wenn wir eine Gebäudestruktur haben. Die Gebäudestruktur kennen die Schornsteinfeger am besten. Offensichtlich ist es im LSA (Land Sachsen-Anhalt) so, dass die Schornsteinfeger ein sehr großes Problem haben, diese Daten weiterleiten zu können. Das LSA hat wohl noch keine Gesetzgebung, die das ermöglicht. Insofern wird das über den Bund geklärt werden. Das haben wir den Schornsteinfegern in einem persönlichen Gespräch schon mitgeteilt. Jetzt versucht man landesweit Lösungen zu finden.

Frau Platte ruft rein, dann aber anonym und **Herr Brohm** antwortet, natürlich anonym.

Anschließend beantwortet **Herr Brohm** die Frage zu den PV-Anlagen auf den Dächern, evtl. auch in den Ortschaften zu installieren. Grundsätzlich steht man dem offen gegenüber. Wir müssen einen Plan erstellen und dann eine Firma bitten, sich darauf zu bewerben und dies umzusetzen.

Herr Jagolski fragt, hat die Verwaltung geprüft, ob der Parkplatz in Weißewarte am ehemaligen Wildpark verkaufbar ist?

Herr Brohm merkt an, im HA hat er darüber informiert, dass wir uns anschauen werden, welche Angebote zum 30.06.2024 vorliegen. Dann müssen die Fragen, im Sinne dessen, was politisch gewünscht ist, geklärt werden.

Herr Jagolski weist darauf hin, dass er in der letzten HA-Sitzung die Verwaltung beauftragt hat, zu prüfen, ob ein Verkauf überhaupt rein rechtlich möglich ist. Immerhin war das eine Hochwassermaßnahme.

Herr Brohm antwortet, wenn es zur Entscheidung ansteht, werden wir das geprüft haben, aber

Herr Jagolski besteht darauf, dass er es generell wissen will, ob es zur Entscheidung kommt oder nicht.

Herrn Wittwer fehlt die Planung für die Friedrich- Ebert-Straße in Bittkau, die 2025 an Abwasser angeschlossen werden soll. Er möchte zur heutigen Sitzung des Wasserverbandes wissen, ob es dazu Ausführungen gab, weil dazu im HH Mittel in der Investitionsliste eingestellt wurden.

Herr Brohm antwortet, wir haben in der heutigen Sitzung über Maßnahmen von diesem Jahr gesprochen, aber vor kurzem hatten wir ein Gespräch zu grundsätzlichen Investitionsmaßnahmen. Der Wasserverband will von uns wissen, wie verbindlich das ist, was bei uns in der Planung drin steht. Darauf hat Herr Brohm gesagt, das sind die Mittel aus den Straßenausbaubeiträgen. Es ist ein extra Konto und relativ abgeschirmt vom HH. Der Wasserverband würde aufgrund dessen, dass das so verankert ist, die Planung anstoßen und sie verlassen sich darauf, dass die EGem Stadt Tangerhütte die gefassten Beschlüsse umsetzt.

Herr Wittwer fragt, kann ich denn davon ausgehen, dass die Planung demnächst losgeht?

Herr Brohm äußert, der Wasserverband nimmt das jetzt so in Angriff.

Herr Nagler merkt an, dass das I. Quartal 2024 vorbei ist und er hat die Information an den SR, zu den vom BM getroffenen Entscheidungen, innerhalb der Wertgrenze des BM bis zu 5.000 €, wie es vom KVG gefordert ist, vermisst. Er geht davon aus, dass das auch für die Vergangenheit nachgeholt wird und dann fortlaufend passiert. In diesem Zusammenhang stellt **Herr Nagler** den Antrag, dass der BM alle Rechtsberatungskosten, die der BM in dieser Legislaturperiode ausgelöst hat, offen legt. Im Endeffekt hätte der BM das schon bei den Quartalsberichten machen müssen.

In 1½ Wochen wäre in der Kita „Friedrich Fröbel“ eine Kuratoriumssitzung. Da der BM 2 Wochen Zeit hat, in einen Widerspruch zu gehen, fragt **Herr Nagler** den BM, ob dieser gegen den Beschluss zur Vollverpflegung in Widerspruch geht. Wenn ja, wird er keine Kuratoriumssitzung durchführen.

Herr Brohm führt aus, in der Tat muss er darüber nochmal eine Nacht schlafen. Der Beschluss ist nicht rechtswidrig und kann gefasst werden, aber er kann diesen Beschluss nicht umsetzen, weil das Schreiben von der Kommunalaufsicht 14 Seiten hat. Er interpretiert daraus, dass die Kommunalaufsicht sagt, dass diese Gemeinde ganz hart sparen muss und da ist das und das durchzusetzen. Deswegen sieht er wenig Spielraum, neue freiwillige Maßnahmen umzusetzen oder anzustoßen.

Herr Nagler hat es in den letzten knapp 9½ Jahren versucht und versucht es heute nochmal, eine Frage zu stellen, auf der man mit ja oder nein antworten kann. Er wiederholt seine Frage zum evtl. Widerspruch gegen den Beschluss zur Vollverpflegung.

Herr Brohm antwortet, er geht nicht in den Widerspruch.

Herr D. Wegener fragt, gibt es schon einen genauen Termin, wann der Raum vorn im Kulturhaus nutzbar ist?

Herr Brohm berichtet, die Zielsetzung ist, dass wir in diesem Raum am 03.07.2024 die konstituierende Sitzung durchführen und ab diesem Zeitpunkt ist dieser Raum auch für die Öffentlichkeit nutzbar. In der kommenden Sitzungsfolge wird noch die Entgeltordnung angepasst.

Frau Braun gibt an, der SR hat in der nächsten Woche eine Sondersitzung, betreff NHH. Gestern Abend hatte sie ihre Ortschaftsratssitzung der Ortschaft Lüderitz. Ihr Gesagtes möchte sie wörtlich aufgenommen haben. „Erstens, die Ortschaft Lüderitz ist nicht angehört. Zweitens, beanstande ich, dass der SR die Bilanz, die Jahresabschlüsse von 2022 und von 2023 noch nicht vorliegen haben. Es wird zwar bis Juni noch eine Verlängerung sein, aber nach meinem Kenntnisstand wird das bis Juni nicht zu schaffen sein. Ich frage mich, wie man dann einen NHH machen kann, um Liquidität zu haben, wenn wir gar nicht wissen, wo wir stehen, weil ja bekanntlich in den vergangenen Jahren, trotz HH-Sperre und fehlenden Jahresabschlüssen immer auf einmal Geld gefunden wurde, die wieder irgendwo ausgegeben wurden. Ich fühle mich finanzrechtlich wirklich nicht in der Lage, dieses Begehren noch mitzutragen. Herr Brohm, so kann man einfach nicht verantwortungsvoll entscheiden und wir, als Ortschaft Lüderitz, werden dem auch nicht zustimmen, ebenso die WG Lüderitz. Es fehlt mir nach wie vor, ich verlange das seit November, die sogenannte Liste aller Beschlüsse des SR'es, die noch nicht abgearbeitet sind. Die noch nicht durch Sie umgesetzt wurden. Das ist natürlich auch rechtswidrig. Eigentlich müssten wir dagegen klagen, denn Sie sind verpflichtet, lt. Gesetz die Beschlüsse des SR'es umzusetzen, ohne Wenn und Aber. Diese Liste, das haben wir letzte SR-Sitzung diskutiert. Herr Sprunk hat Ihnen vorgetragen, dass Sie selbst gesagt haben, die Liste ist nicht ausreichend und die Liste, die man über Ihre Freitagmail bekommt, ist auch nicht korrekt. Ich möchte, ich habe es das letzte Mal gesagt, nur die Beschlussnummer, den Inhalt des Beschlusses, wann gefasst, nicht umgesetzt. Nur die nicht umgesetzten und nicht alle Beschlüsse der letzten 4 Jahre, in einer Tabelle, die kaum lesbar ist, weil es keine korrekte Excel-Tabelle, in einer lesbaren Größe, ist. Ich möchte das endlich anständig zugearbeitet haben. Sie sind innerhalb von 4 Wochen verpflichtet, so etwas zu machen, wenn solche Anfragen kommen. Die Verfristung ist

jetzt schon 4 Monate. Herr Brohm, ich bitte Sie nochmal, letztmalig, bevor ich jetzt auch ins Klageverfahren, jetzt wirklich mal, gehe, dass Sie das zuarbeiten, bevor wir weiter über Geld sprechen. Danke.“

Herr Brohm sagt zu Frau Braun, dass sie die Liste, genauso wie sie sie haben wollte, hat. Die Liste stand in der 12. Freitaginfo. Wenn Frau Braun die Liste in A4-Form nicht reicht, werden wir ihr die Liste klimaschonend in A3 ausdrucken. Die Beschlüsse in Gelb sind offen.

Frau Braun beschwert sich, denn so eine Liste will sie nicht.

Herr Brohm antwortet darauf, er hat die Information gegeben. Wenn jetzt Abzüge in der B-Note sind, ist dass das Problem von Frau Braun.

Zu den Jahresabschlüssen legt **Herr Brohm** dar, mit jedem HH stellen wir ein Jahresergebnis fest. Wir könnten jetzt fachlich nochmal schauen **Frau Braun** redet immer dazwischen. **Herr Jacob** fordert Frau Braun auf, Herrn Brohm reden zu lassen.

Herr Brohm führt seine Ausführungen fort. Die Frage ist berechtigt. Auch der SR wird in der HH-Verfügung gelesen haben, das nimmt die Kommunalaufsicht zur Kenntnis. Die Kommunalaufsicht erkennt aber auch, Tangerhütte hat einen Plan und arbeitet diesen ab. Brauchen wir Jahresabschlüsse, um einen HH zu erstellen? Nein, brauchen wir nicht. Hat Tangerhütte als einzige Kommune das Problem in diesem Land? Nein, hat Tangerhütte nicht. Das ist ein strukturelles Problem. Man könnte sarkastisch sagen oder als Ironie, es ist schön, wenn das Land kameralistisch unterwegs ist und nur die Kommunen in der doppelten HH-Führung arbeiten. Die Verwaltung hat in der HH-Planung dem SR dargelegt, dass wir 10 Mio. € Kassenkredit brauchen. Der SR hat beschlossen, nur auf 8,6 Mio. € zu erhöhen, aber mit 8,6 Mio. € können wir die Aufgaben der EGem nicht bespielen. Dazu brauchen wir mehr Geld. Im letzten Jahr hatten wir in der gleichen Situation nicht einmal einen HH. Das war viel komplizierter. Jetzt haben wir einen HH und die Möglichkeit auf einen NHH, der nur den einen Punkt betrifft, den Kassenkredit, auf das was geplant ist, zu erhöhen, um am Ende andere Kosten nicht entstehen zu lassen und um handlungsfähig zu bleiben.

Herr Sprunk möchte den Bearbeitungsstand zum Überspannungsschaden im Fw-Gerätehaus Luderitz wissen.

Herr Brohm antwortet, die Fehler wurden gefunden. Wir warten noch auf das Schlussprotokoll. Es ist davon auszugehen, dass in den nächsten Wochen der Fehler behoben wird und dass wir auch alle anderen Dinge so klären, dass der Verursacher dafür aufkommt.

Herr Sprunk stellt fest, es gibt noch keinen festen Termin, denn die Auskunft, die Herr Brohm gegeben hat, ist mindestens schon 2 bis 3 Wochen alt.

Daraufhin sagt **Herr Brohm**, diese Woche fanden die letzten Begutachtungen statt, bzw. sind Papiere entstanden. Insofern empfindet er seine Information als neu und er geht davon aus, dass dies in den nächsten Wochen geklärt ist und das Ziel erreicht ist.

Herr D. Wegener fragt Herrn Brohm, ob er den Nebensatz zur Vollverpflegung richtig verstanden hat. Der beschlossene Beschluss zur Vollverpflegung wird von ihnen nicht umgesetzt?

Herr Brohm antwortet, korrekt. Das steht auch in der Beschlussbegründung seines Änderungsantrages.

Herr D. Wegener entgegnet, diesem Änderungsantrag hat aber der SR nicht zugestimmt.

Herr Brohm legt dar, politisch kann dieses Gremium alles entscheiden, wenn es in der Zuständigkeit liegt. Das ist dieser Beschluss. Der Hauptverwaltungsbeamte muss jetzt gucken, ob er haushalterisch in der Lage versetzt ist. Wenn wir alle zusammen die 14 Seiten HH-Verfügung lesen, erkennt er nicht die Möglichkeit, das juristisch umzusetzen, weil in diesen Seiten etwas anderes drin steht.

Herr D. Wegener sagt darauf, also wird wieder willkürlich entschieden. Der BM entscheidet wie ein kleiner König, was umgesetzt wird und was letztendlich nicht umgesetzt wird, denn nicht alles, was umgesetzt wird, sind Pflichtaufgaben.

Herr Brohm weist darauf hin, dass die Bewirtschaftung des HH dem Hauptverwaltungsbeamten obliegt. Das hat nichts mit König zu tun. Das steht im KVG.

Herr Nagler erwähnt, im KVG steht auch, dass der Hauptverwaltungsbeamte Beschlüsse des SR'es umzusetzen hat. Er muss in aller Deutlichkeit sagen, Herr Brohm, sie sind am Ende. Treten sie zurück. Ersparen sie uns das allen. Die Eltern sind hier zur Sitzung gekommen und mit einem guten Gefühl nach Hause gegangen. Herr Nagler hat es schon geahnt. Man muss auf jeden Nebensatz achten. Wir diskutieren in Beratungsfolgen. Wir schreiben in Größenordnung Anträge und Herr Brohm sagt, er setzt Beschlüsse nicht um. Das ist ein klarer Rechtsbruch. Wenn Herr Brohm das nicht mehr will oder kann, ist er hier der Falsche. Er bittet Herrn Brohm nochmal, zurücktreten und das hier zu beenden. Herr Nagler gibt weiterhin seinen Unmut kund und findet, das ist ein

Skandal. Er bittet Herrn Brohm, dies den Eltern selbst zu sagen. Herr Brohm ist der Totengräber der Demokratie. Das ist einfach nicht mehr hinnehmbar.

Herr Brohm merkt an, Herr Nagler weiß genau, was im KVG steht und findet, das ist von Herrn Nagler Augenwischerei, was er hier macht. Die Demokratie ist ein bisschen komplizierter, als Herr Nagler sie hier darstellt und, ob es Herrn Brohm gefällt oder nicht. Das lehrt uns, wenn wir hier miteinander verschiedene Prozesse durchmachen, aber so ist die Rechtslage.

Herr Jacob beendet 21:48 Uhr die öffentliche Sitzung und stellt die Nichtöffentlichkeit her.

Frau Platte und **Herr Paucke** verlassen die Sitzung.

Öffentlicher Teil

TOP 16: Wiederherstellung der Öffentlichkeit

Herr Jacob stellt die Öffentlichkeit wieder her.

TOP 17: Bekanntgabe der in nicht öffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse

Herr Jacob informiert, dass der SR in der nichtöffentlichen Sitzung folgenden Beschluss mehrheitlich beschlossen hat.

BV 1154/2024: Antrag WG Zukunft – Stoppen des Projektes Dach-PV bis zur Klärung der Stadtratsanfragen

TOP 18: Schließung der Sitzung

Herr Jacob schließt 21:57 Uhr die SR-Sitzung.